



Gemeinsame Pressekonferenz - 10.2.2005

Barbara König, stellvertr. Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion

Ulrich Kelber, Vorsitzender der SPD-Bonn, Bonner Bundestagsabgeordneter

Renate Hendricks, Landtagskandidatin für den Bonner Wahlkreis

"Sozialdemokratische Bildungspolitik - föderale Grenzen überwinden"- Zusammenwirken von Bildungs- und Jugendpolitik in Bonn, in NRW und im Bund

Das Thema ist aktueller denn je:

Die Föderalismuskommission ist kurz vor Weihnachten am Thema „Bildung“ gescheitert, weil sich Bund und Länder um die Bildungshoheit gestritten haben. Föderale Grenzen müssen aber zugunsten bestmöglicher Förderung von Kindern und Jugendlichen überwunden werden. Wir in Bonn tun dies auf allen Ebenen. Wir tun dies zum Wohle der Stadt, denn frühestmögliche Bildung von Anfang an gibt allen Kindern gleiche Startchancen und die beste Prävention gegen Armut. Das gilt besonders für eine internationale Stadt, in der viele Kinder mit unterschiedlichen Migrationshintergründen leben. Bildung ist aber auch ein Standortfaktor: in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis sind 18 verschiedene Weiterbildungsträger im „LernNet“ zusammengeschlossen, darunter VHS und IHK. Die Träger verdienen mit Weiterbildung Geld und stärken den Wirtschaftsstandort Bonn, wo für Arbeitnehmer/innen gerade im Dienstleistungsbereich ohne „Lebenslanges Lernen“ nichts mehr geht. Im Folgenden soll das Zusammenwirken von Jugend- und Bildungspolitik in Bund, Land und Stadt an vier aktuellen Beispielen verdeutlicht werden:

1. Bessere Kinderbetreuung!

Das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) wurde gegen Stimmen von CDU/FDP verabschiedet. In Westdeutschland stehen zurzeit nur 60.000 Betreuungsplätze (Versorgungsquote ca. 2,7 %) für Kinder unter 3 zur Verfügung. **Bonn schneidet im bundesdeutschen Vergleich mit einer Versorgungsquote von insg. 10% gut ab. Dennoch will die SPD die Quote bis 2010 auf 20% verdoppeln** (siehe Ratsbeschluss v.

9.12.2004). Bundesweit sollen bis 2010 insg. 230.000 neue Plätze entstehen. Die Kommunen erhalten Bundeszuschüsse bis zu **1,5 Mrd. Euro** aus Einsparungen bei Hartz IV. Das Land NRW begleitet das "TAG" durch qualitative Maßnahmen (Bildungspläne im Elementarbereich) und Maßnahmen zur Förderung der Tagespflege.

NRW hat damit sehr schnell auf die Notwendigkeiten reagiert, die sich aus der Untersuchung der OECD zur Frühförderung ergeben haben (Landesvereinigung für Kinderbetreuung in Tagespflege: Fortbildungen, Austausch, Qualitätsstandards, etc.). So hat das Landesjugendamt z.B. die **Tagesgroßpflegestelle „Castell-Knirpse“** in Bonn als Modellprojekt genehmigt und will Standards für ähnliche Einrichtungen ableiten.

Das Bonner „Netzwerk für Kinderbetreuung in Familien“ ist Mitglied im Landesnetzwerk. Die SPD begleitet aktuelle Verhandlungen zwischen Netzwerk und der Stadt Bonn, wie die Tagespflege entsprechend des „TAG“ ausgebaut werden könnte. Außerdem beobach-

tet die SPD Einsparpotenziale aus Hartz IV und wird bei den Haushaltsberatungen schon für 2005 auf Einstellung von Mitteln für zusätzliche U-3-Plätze achten.

2. Offene Ganztagschulen ausbauen!

Nicht nur die PISA-Studie weist auf die Notwendigkeit von Ganztagschulen hin. Die Bundesregierung wird bis 2007 4 Mrd. Euro für Ausbau von Ganztagsgrundschulen zur Verfügung stellen. Bislang gibt es **mehr als 1.000 Schulen** in ganz Deutschland (Stand Juni 2004). Bonn hat bislang für die Jahre 2003 und 2004 1,84 Mio. Euro an Bundesmitteln nutzen können.

Das Land NRW hat sich für Modell der „Offenen Ganztagsgrundschule“ entschieden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass diese Schulform mehr Vor- als Nachteile hat. Im **Schuljahr 2004/2005 gibt es in NRW 703 Offene Ganztagsgrundschulen mit 35.000 Plätzen**. Trotz anfänglicher Umsetzungsprobleme ist das Programm auf gutem Wege, der Einstieg in kontinuierliche und qualitätsvolle Ganztagschule ist so möglich. Wichtig ist die Zusammenführung von unterschiedlichen Professionen im Sinne von Kindern und Jugendlichen. Es zeichnet sich eine wachsende Akzeptanz ab, die sich in vielfältigen – auch kirchlichen – Trägerschaften verdeutlicht. Passgenauigkeit für die Schulen, durch große Mitbestimmung.

Ab dem kommenden Schuljahr wird es in Bonn **19 Offene Ganztagsgrundschulen mit ca. 1500 Plätzen** geben. Das Ziel der SPD bleibt: ein gutes Angebot für 50% aller Grundschul Kinder (ca. 5.000 Plätze) schaffen. Dabei wollen wir nicht nur auf Quantität, sondern auch auf Qualität achten. Die Erfahrungen der bisherigen Ganztagschulen will die SPD in einem **Gespräch mit Bonner Schulleitungen am 16. Februar** ermitteln und in die Debatte über den OGS-Rahmenplan einbringen. Dabei wird die SPD insbesondere auf sozial gestaffelte Elternbeiträge achten, die auch Kinder aus finanzschwachen Elternhäusern einbeziehen und fördern. Ggf. muss die Neuausrichtung des Bonn-Ausweises auf die Gegebenheiten der OGS abgestimmt werden.

In der NRW-SPD-Fraktion wird **Erweiterung der Ganztagschule auf Sek I** vorbereitet. Wie bei der Offenen Ganztagsgrundschule will man auch beim Ganztagsangebot in der Sekundarstufe I auf ein kooperatives und pädagogisch vielfältiges Konzept setzen. Zunächst soll im Schuljahr 2005/2006 mit den Klassen 5 - 7 begonnen werden.

Anregungen für den Unterricht in Ganztagschulen erwartet sich Renate Hendricks auch von ihrer Exkursion nach Finnland. Vom **28. Februar bis 4. März** wird sie u.a. in Begleitung der Regierungspräsidenten Roters (Köln) und Büssow (Düsseldorf) ins PISA-Siegerland reisen.

3. Jugendfördergesetz NRW

Das Jugendfördergesetz NRW setzt neue Standards für die qualitative und quantitative Entwicklung der freien Jugendarbeit. U.a. wird auch eine gemeinsame Schul- und Jugendhilfeplanung in den Kommunen gefordert, was zu mehr Zusammenarbeit in diesem Bereich beiträgt. **Ab 2006** werden die Fördermittel für freie Jugendarbeit (Landesjugendplan) auf dem Niveau von 2003 festgeschrieben: **jährlich 96 Mio. Euro**. Dies gibt den Freien Trägern die notwendige und angemessene Planungssicherheit

Auch in Bonn sollten die kommunalen Zuschüsse entsprechend des Jugendfördergesetzes ab 2006 Mittel festgeschrieben werden. Parallel muss allerdings der Bedarf vor Ort überprüft werden: wo wird offene Jugendarbeit mit welchen Schwerpunkten und Zielgruppen gebraucht? Wo kann vielleicht umgeschichtet werden? Diese Debatte muss transparent unter Einbeziehung aller freien Träger in Bonn geführt werden.

4. Schulgesetz NRW

Das Schulgesetz schafft mehr Klarheit - Schulen erhalten mehr Freiheit und Verantwortung. Eine den gesamten Gesetzentwurf durchziehende Linie ist die Deregulierung, die Delegation von Kompetenzen und die verstärkte Selbstständigkeit der Schule. Dies kommt in verschiedenen Regelungsbereichen zum Ausdruck: in erweiterten Kompetenzen und in der Stärkung der Schulmitwirkung, in der Neubestimmung des Auftrags der Schulaufsicht, in der Rolle der Schulleitungen sowie in den Regelungen zur Schulträgerschaft und den verstärkten Mitbestimmungsrechten der Schüler/innen und Eltern.